

Gott will, dass wir auf die Straße gehen

Der 17. Juni ist ein besonderer Tag: Er war als (westdeutscher) Nationalfeiertag dem Gedenken an die vielen Menschen gewidmet, die im Juni 1953 in der damaligen DDR auf die Straße gingen und gegen Misswirtschaft, Ungerechtigkeit und Unfreiheit protestierten – viele von ihnen mussten ihr Leben lassen, andere wurden jahrelang in Gefängnissen ihrer Menschenwürde beraubt, wieder andere für den Rest ihres Lebens schikaniert.

Der 17. Juni war als »Tag der Deutschen Einheit« unser Nationalfeiertag, bis er 1990 durch die staatlich verordneten Jubelarien des 3. Oktober ersetzt wurde. Es ist schade, dass der 17. Juni immer mehr unserem Bewusstsein entweicht. 65 Jahre ist es morgen her, dass Frauen und Männer den Mut hatten, gegen eine menschenverachtende Diktatur, gegen Unrecht und Unfreiheit auf die Straßen zu gehen. Genauso gingen Ende der 80er Jahre mutige Menschen – darunter sehr viele Christen – in der DDR auf die Straße, um für eine gerechtere Gesellschaft einzutreten.

Was ist daraus geworden? Wo sind die Werte geblieben? Freiheit kam, ja, Reise- und Bewegungs-Freiheit. Aber sonst? Der Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit wurde 1990 ganz einfach die D-Mark übergestülpt. All die

ZUM SONNTAG



Heute von

MARTIN GRAB,
Pfarrer aus
Rheinbischofsheim

anderen Werte – sie wurden gefressen von der Gier, von der Macht des Mammons. Ganz ehrlich, passend zum 17. Juni: Für welche Werte würden eigentlich WIR auf die Straße gehen? Nur für unsere eigenen Interessen? Oder auch für das, was Anderen zu einem besseren Leben hilft?

Wir fallen einige Dinge ein, für die wir auf die Straße gehen könnten: Für sinnvolle Maßnahmen gegen Armut; für mehr Gerechtigkeit in Schulen; für bezahlbare Bauplätze; für eine nachhaltige Versorgung von Obdachlosen; für die Erhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe; für die Erhaltung von Kliniken. »Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die ohne Hoffnung sind«, sagt die Bibel – und es gibt in der Tat viele, für die wir den Mund auf tun sollen. Ich glaube, wir sollten nicht mehr schweigen. Ich glaube, nach Gottes Willen sollten wir schon längst auf der Straße sein. Kommen Sie mit?

LESER-TREFF

Ihre Meinung zählt.



Leserbriefe zu lokalen Themen senden Sie an:

Kehler Zeitung · Klaus Körnick
Hauptstraße 58a · 77694 Kehl · Telefon 0 78 51 / 7 44 52
E-Mail: lokales.kehl@reiff.de · Fax 0 78 51 / 7 44 59

Machen wir es den Oligarchen um den Landrat schwer

Zur *Krankenhausaufdiskussion im Gemeinderat (KEZ von gestern)*: Kann man frustriert sein, wenn man feststellen muss, dass der Kreistag von dem Duo Keller-Scherer oder gar von dem Trio Lucha-Scherer-Keller vor vollendete Tatsachen gestellt worden ist und dass eine Mehrheit im Kreistag sich auch noch willig der Fehlentscheidung beugt? Meiner Ansicht nach schreit das nach Protest.

Protest 1: Stadtrat Wolfram Britz (SPD) Recht geben und das Krankenhaus in den Wahlkampf einbringen. Zur Erinnerung: Bis zum Jahr 2015, dem Jahr der Überprüfung vor dem endgültigen Aus, werden noch zwei Generationen von Kreisräten gewählt. Und auch der Landrat wird bis dahin neu gewählt. Manne Lucha, amtierender Sozialminister, hoffentlich nicht mehr.

Protest 2: Die Wähler im gesamten Kreis haben bei der anstehenden Kommunalwahl die Chance, Kampfeswille zu zeigen. Das Volk hat schließ-

lich nur die Chance, über Wahlen und Bürgerentscheide mitzuwirken.

Protest 3: Fritz Preuschhoff (Die Linke) hat es in den Ring geworfen: Ist es überhaupt rechtens, daß ein Kreistag Krankenhäuser schließt? Wir sollten dem Landrat, der schon einige Male sehr lasch mit dem Kommunalgesetz umgegangen ist, mehr auf die Finger schauen. Sein Geschäftsführer Keller ist ohnehin schon mindestens dreimal aufgefallen durch gewerkschaftsverachtende und betriebsverfassungswidrige Alleingänge.

Nutzen wir die Zeit bis 2030! Machen wir es den Oligarchen um den Landrat mit demokratischen Mitteln schwer. Das steckt in dem Wort Kampfeswille. Ich für meinen Teil bin nicht frustriert oder resigniert. Die besseren Argumente liegen auf unserer Seite.

KARLHEINZ BAYER
Kreisrat der FDP
Bad Petersal-Griesbach